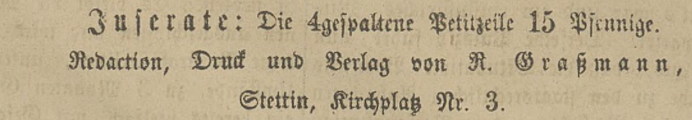
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 2. Oktober 1878. Nr. 460.

Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. Nach der vom Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellten Nachweisung über im Monat Juli d. J. beförderte Züge und deren Verspätungen wurden auf 58 größeren Eisenbahnen Deutschlands (excl. Baierns) an fahrplanmäßigen Zügen befördert: 12,776 Courier- und Schnellzüge, 81,222 Personen-, 39,214 gemischte und 66,882 Güterzüge; an außerfahrplanmäßigen 3398 Courier-, Personen- und gemischte und 34,751 Güter-, Materialien- und Arbeitszüge. Verspätungen kamen 463 vor. An Unfällen auf den Eisenbahnen waren zu verzeichnen: 29 Entgleisungen und 14 Zusammenstöße fahrender Züge. Hiervon wurden 15 Züge mit Personenbeförderung und 28 Güterzüge betroffen. Beim Rangiren fanden 23 Entgleisungen und 8 Zusammenstöße statt, ferner 53 sonstige Betriebsereig isse. In Folge der Unfälle wurden 4 fremde Personen getödtet und 24 (7 Passagiere, 13 Beamte, 1 Arbeiter, 3 Fremde) verletzt, 8 Thiere getödtet, 36 Fahrzeuge erheblich, 93 unerheblich beschädigt. Durch eigene Unvorsichtigkeit kamen vor: 25 Tödtungen (6 Beamte, 13 Arbeiter, 6 fremde Personen) und 83 Verletzungen (darunter 4 Passagiere) und durch beabsichtigten Selbstmord 9 Tödtungen und 2 Verletzungen. Auf Staatsbahnen entfallen 91 Fälle, darunter die größte Zahl auf die elsaß-lothringischen Bahnen (14), die oberschlesischen (13) und die sächsische Staatsbahn (10), auf größere Privatbahnen 44 Fälle, darunter die größte Zahl auf die rheinische Bahn (10), die Köln-Mindener (8) und die Magdeburg-Halberstädter (7). Im Ganzen wurden 16,909,324 Reisende befördert.

An den im Reichsjustizamte zur Zeit stattfindenden Vorberathungen über die Feststellung einer Rechtsanwalts-Gebührenordnung nehmen, wie ich höre, außer Kommissarien des Reichsjustizamts Theil der Geh. Justizrath Kurlbaum II. vom Justizministerium und der Geh. Ober-Finanzrath Rudorff vom Finanzministerium, ferner die aus dem Advokatenstande berufenen Sachverständigen: Justizrath von Wilmowski als Vertreter des in den alten preußischen Provinzen geltenden Rechtes, Justizrath Linkmann als Vertreter des rheinischen Rechts und Justizrath Evers aus Hannover, endlich Hofrath Kreitmeier (Baiern) aus Bamberg, Justizrath Richter (Sachsen), Dr. Götz (Würtemberg) aus Stuttgart, Dr. Wolffson aus Hamburg als Vertreter des hanseatischen Gebiets und Advokat-Anwalt Schneegans als Vertreter von Elsaß-Lothringen. Es handelt sich bei diesen Berathungen hauptsächlich darum, die Gebühren derartig festzustellen, daß einerseits dem Publikum eine Prozeßführung durch Rechtsanwalte möglich wird, andererseits dem Stande der Rechtsanwalte Rechnung zu tragen. Eine allzu niedrige Feststellung der Gebühren würde für diesen Zweig der Rechtspflege besonders bevorzugte Justizpersonen von der Rechtsanwaltschaft zum Nachtheil des Publikums ausschließen.

Berlin, 1. Oktober. Die „Nat.-Ztg." bringt zu dem dem französischen Blatte „Le Correspondant" entnommenen Aufsatze über den Berliner Vertrag, welchen man der Feder des Herrn v. Gontaut-Biron zuschreibt, Folgendes:

Der Verfasser wirft die Frage auf, welche Vortheile die einzelnen Staaten vom Kongresse davongetragen haben. England und Oesterreich, so meint er, haben unsichere Loose auf die Zukunft erhalten, nur Rußland habe gegenwärtigen reifen Gewinn zu verzeichnen. Diese Schlußfolgerungen des Verfassers erscheinen uns ebenso zutreffend als die Erörterungen, welche ihn dahin führen. Herr von Gontaut zählt die einzelnen Gewinnpunkte auf: das Protektorat über die Glaubensgenossen in der Türkei, Bessarabien, Kars, Batum, die Ueberwachung der Organisation von Bulgarien und Ostrumelien, die Wiederherstellung des Prestige Rußlands bei den Balkanchristen. Alles zusammen ist die Vernichtung des Vertrages von 1856. Kaiser Alexander hat wahrscheinlich diese Rache für 1856 als ein wünschenswerthes Ziel des Krieges empfunden, ehe er begonnen hatte, und sie sollte ganz Rußland genügen. Geschah das nicht, so war es deshalb, weil der Panslavismus nicht eine Politik, sondern eine Leidenschaft ist. Herr von Gontaut weist sehr richtig die Angriffe Moskauer Blätter gegen die russische Führung der Geschäfte auf dem Berliner Kongreß energisch zurück. Wenn auch nicht Fürst Gortschakow, so haben Graf Schuwalow und Herr von Oubril doch kaum ein geringeres Verdienst, als Rußland von unabsehbarem Ruin gerettet zu haben, denn sie verhinderten den Krieg, sie machten, genauer gesprochen, die Verhinderung des Krieges durch den ehrlichen Makler möglich. Aber — es bedarf doch noch eines Abers bei den Ausführungen Herrn von Gontaut's: zieht man die Empfindung in Betracht, welche diese ganze Kriegs- und Friedens-Episode von 1876 bis 1878 hervorgerufen hat, schaut man darnach aus, wie der Berliner Kongreß auf das Bewußtsein der Völker Europas und besonders auf dasjenige Rußlands gewirkt hat, so — hat Rußland eine Niederlage zu verzeichnen. Die Russen vor Konstantinopel erwarteten Größeres, als was der 13. Juli brachte, und in Europa fürchtete oder glaubte man vielfach ähnlich. Darum ward der Berliner Vertrag als Niederlage Rußlands empfunden. Ob die Ereignisse den Russen die Muße lassen werden, sich über den realen Werth des Vertrages allmälig festere Vorstellungen zu schaffen — das ist schwer vorauszusehen heute, wo kriegsdrohende Nachrichten von mannigfacher Sache kommen.

— Wie die „Weser-Zeitung" aus Berlin berichtet, sind bereits von 145 verschiedenen Seiten Vorschläge zur Hebung des „Großen Kurfürsten" gemacht worden und dadurch soll das Marineministerium in der Annahme bestärkt worden sein, daß die Hebung des Schiffes noch nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Auch läßt die Ordre, die „Loreley" in Wilhelmshaven fertig zu halten, um event. nach England zu gehen, darauf schließen, daß man noch weitere Versuche anstellen wird. Ob nun die kaiserliche Marine selbst die Hebung des Schiffes versuchen oder Fachmännern diese Arbeit überlassen will, darüber ist bislang noch nichts verlautet, auch drängt die Zeit nicht gerade zu einem raschen, bestimmten Vorgehen, da vor April nächsten Jahres schwerlich an eine Wiederaufnahme der Arbeiten zu denken ist.

— Wenn einer Meldung der „Agence Havas" aus London Glauben beizumessen ist, so hat die afghanische Angelegenheit schon zu einer diplomatischen Auseinandersetzung zwischen England und Rußland geführt. Dieser Meldung zufolge soll durch den englischen Geschäftsträger in Petersburg dem russischen Ministerium des Auswärtigen eine Note überreicht worden sein, in welcher die Frage aufgeworfen werde, wie die russische Regierung die Mission Stoljetoff's nach Kabul mit den von ihr früher eingenommenen Verpflichtungen, wonach sie auf jeden politischen Einfluß in Afghanistan verzichte, in Einklang bringen wolle. Die russische Regierung habe darauf erwidert, sie sei jederzeit gewillt gewesen, bestehende Verpflichtungen zu respektiren, die Mission Stoljetoff's sei unter Umständen beschlossen worden, die heute nicht mehr existirten und habe lediglich einen Akt der Courtoisie gegen den Emir zum Zweck gehabt. — Daß man in Petersburg auf die britische Anfrage nicht anders antworten würde, konnte man in London wohl voraussehen; daß Lord Beaconsfield durch diese Antwort aber nicht befriedigt worden, darf man wohl annehmen. Jedenfalls weiß der Vicekönig von Indien, auf wessen Einfluß Schir Ali's herausfordernde Haltung zurückzuführen ist. Verharrt Rußland in seiner Reserve, wenn der Emir von Afghanistan den englischen Heeren erliegt und sein Land der britischen Krone tributpflichtig wird, dann ist es um sein Prestige in Central-Asien geschehen, gerade wie es für England der Fall wäre, wenn es nach der Zurückweisung der Chamberlain'schen Mission den Emir nicht sofort die Uebermacht der britischen Waffen wollte fühlen lassen. Vorläufig ist man in London geneigt, die afghanische Frage als eine rein indische zu behandeln, daher das Kabinet beschlossen hat, der indischen Regierung in dieser Angelegenheit freie Hand zu lassen.

— Es liegen nunmehr die Beschlüsse vor, welche in Sachen der Gefängnißarbeit und ihrer Rückwirkung auf die Privatindustrie von der Kommission aus Mitgliedern des deutschen Handelstages, des Reichskanzleramts, der preußischen Ministerien des Handels, der Justiz und des Innern, sowie den Vertretern Würtembergs und Sachsens, in drei auf einander folgenden Tagen gefaßt worden sind. Die Beschlüsse lauten:

1) Die Nothwendigkeit einer produktiven Beschäftigung von Gefangenen ist von keiner Seite bestritten. 2) Dagegen besteht eine erhebliche Verschiedenheit der Anschauungen unter den Betheiligten über die Organisation derartiger produktiver Beschäftigungen, sowie über den Umfang und die Art des industriellen Betriebes in den einzelnen Anstalten und über den dadurch herbeigeführten Einfluß auf das freie Gewerbe. 3) Klagen kommen ganz besonders dort zum Ausdruck, wo in Verbindung mit dem in Norddeutschland vorherrschenden System der Arbeiterverbindung ein mehr oder weniger fabrikmäßiger Betrieb, insbesondere Betrieb mit Dampfkraft, etablirt ist. Umgekehrt hat das System des eigenen Regiebetriebes oder der, je nach den Bedürfnissen des Strafvollzuges leicht löslichen Kundenwirthschaft, zu Beschwerden in der Regel nicht geführt. Als hervorragende Beispiele in ersterer Beziehung wurden angeführt: Die Kleineisenfabrikation in Rheinland und Westfalen, die Kouvertfabrikation u. s. w. 4) Die von verschiedenen Seiten behauptete und mehrfach bestätigte geringe Qualität bezw. die geringeren Preise der in Gefängnissen gefertigten Waaren scheinen weniger eine Folge der Sträflingsarbeit als solcher, als vielmehr der Organisation dieser Arbeit zu sein.

Auf Grund dieser Ermittelungen bezw. Erwägungen erachtet die Kommission folgende Gesichtspunkte für wesentlich:

1) Bei Beschäftigung von Gefangenen ist neben dem in erster Linie stehenden Zwecke des Strafvollzuges weder dem Erwerbs-, noch dem fiskalischen Standpunkte ein überwiegender Einfluß zuzuerkennen. Schon dadurch werden verschiedene Beschäftigungsarten, wie z. B. Cigarrenfabrikation, Goldleistenfabrikation, wegen der dabei naheliegenden Lockerung der Disziplin sich mehr oder weniger von selbst verbieten. 2) Es empfiehlt sich ferner eine möglichste Vielgestaltigkeit der Betriebszweige in jeder einzelnen Anstalt. 3) Es erscheint zweckmäßig, die Herstellung von Bedarfsartikeln für öffentliche Zwecke den Gefangenenanstalten zuzuweisen. Dahin zählen beispielsweise Lieferungen für Verkehrsanstalten, Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Militär 2c. 4) Ferner ist anzustreben die Schaffung von selbstständigen Strafanstaltskollegien, in welchen neben dem Juristen, dem Verwaltungs- und Finanzbeamten, dem Arzte und dem Geistlichen, auch den Vertretern von Handel und Gewerbe Sitz und Stimme, etwa nach dem Vorbilde Würtembergs, eingeräumt wird; endlich ist 5) die Herausgabe periodischer eingehender Veröffentlichungen über Art und Umfang der Beschäftigung von Gefangenen unter Anbahnung gleichheitlicher Grundlagen über die Prinzipien dieser Veröffentlichungen in den verschiedenen Bundesstaaten geboten. Der Ausschuß des deutschen Handelstages, der die Enquete bei sämmtlichen Handelskammern anregte, wird auf Grund der Erhebungen und des Gutachtens der Kommission demnächst die Schlußberathung vornehmen.

— Ueber die Stellung des Centrums zu dem päpstlichen Programm, wie es in dem Schreiben an den Kardinal Staatssekretär Nina entwickelt ist, läßt sich heute auch die „Germania" aus. Das leitende Organ der Centrumspartei gelangt dabei zu folgender Erklärung:

Rom hat niemals irgend eine politische Aktion des Centrums zu beeinflussen gesucht; es wird auch niemals solche Einflüsse suchen. Wenn eine Vereinbarung zwischen Rom und Berlin zu Stande kommt, so werden das Centrum und die Katholiken dieselbe mit der Ehrfurcht und dem Gehorsam respektiren, die sie dem apostolischen Stuhle zu erweisen gewohnt sind. Nichtsdestoweniger wird das Centrum auch nachher seine Pflicht stets erfüllen, die Interessen, Rechte und Freiheiten des Volkes nach seinem Programm zu fördern und zu vertheidigen. Die Aufgaben des Centrums gehen eben über die Zeit des „Kulturkampfes" hinaus.

Wenn die Regierung den Kampf beendet, der sie zu den verhängnißvollsten Maßregeln gedrängt hat, wird sie allerdings das Centrum in vielen Punkten der Opposition überheben; zunächst in kirchlichen Angelegenheiten, wenngleich auch dann dem Centrum noch große Aufgaben obliegen werden; vielleicht auch auf anderen Gebieten, wenn die Hoffnung uns nicht täuscht, daß die Regierung sich nach Beendigung des verbitternden, die gesammte Staatsverwaltung beeinflussenden Streites besseren Anschauungen zuwendet."

Dagegen wird „offiziös" geschrieben:

Die ultramontane Presse fängt an, zu dem päpstlichen Schreiben an den Kardinal Nina Stellung zu nehmen. Sie versichert, daß der Papst von den unveräußerlichen Rechten der Kirche nichts preisgeben werde. Man darf aber wohl annehmen, daß die Auffassung des heiligen Stuhls von dem, was unveräußerliches Recht der Kirche sei, nicht von der Auffassung der Kaplanspresse bestimmt werden könne. Jedenfalls konstatirt das päpstliche Schreiben, daß die päpstliche Politik jetzt von einem andern Geist beseelt ist, wie unter Pius IX."

Ausland.

Wien, 1. Oktober. Durch die angebotene Demission des ungarischen Finanzministers Szell hat thatsächlich die eingetretene ungarische Ministerkrisis keinen so akuten Charakter, um nicht die Begleichung erwarten zu lassen. Der Grund der Demission Szells ist die Schwierigkeit der Beschaffung der Mittel, welche der Weiterverlauf der bosnischen Okkupation erheischt. Szell verlangt die Begrenzung der Ausgaben für die Okkupation und die Reduktion der Operationsarmee. Hierüber herrscht keine Differenz zwischen ihm und den ungarischen Ministern einerseits und den österreichischen Ministern andererseits, welche letzteren den fraglichen Standpunkt theilen. Trotzdem ist die Lösung der Frage erforderlich, wie die Mittel für die begrenzten Ausgaben und die reduzirte Armee zu beschaffen sind. Szell perhorrescirt jedes neue Anlehen als unmöglich, insolange die Operation der Konvertirung der Ungarschatzscheine in Rente noch im Zuge ist. Das gemeinsame Ministerium verwirft hingegen den von „Ellenör", dem Organ Tiszas, lancirten Gedanken einer gemeinsamen Anleihe, welche weder der österreichische Finanzminister, noch der Reichsrath acceptiren würden. Dieser augenblickliche Fragestand kann bei der Anerkennung der Nothwendigkeit, daß wegen der obwaltenden finanziellen Schwierigkeit weder die Ehre der Monarchie, noch der bosnische Aktionserfolg in Frage kommen darf, keinen brennenden Charakter annehmen. In finanzieller Schwierigkeit wird und muß ein Ausweg gefunden werden; es wird wenigstens behauptet, daß der Reichsfinanzminister Baron Hofmann ein günstiges Projekt vorzuschlagen gedenke.

Ueber die große Pester Volks-Versammlung, worin das Verdikt der ungarischen Nation über die Okkupation gefällt werden sollte, und damit Zusammenhängendes schreibt man der „N.-Z.":

Pest, 29. September. Heute Nachmittag hat die famose Volksversammlung stattgefunden. Ganz Budapest war auf den Beinen und eine unabsehbare Menge füllte die Straßen, die zu dem Platze führten, wo die Versammlung abgehalten wurde. Ueberall herrschte eine musterhafte Ordnung; einige „agents provocateurs", die sich in revolutionären Rufen gefielen, wurden vom Publikum selber zur Ruhe gewiesen. Nachdem die bekannten Vorlagen, nämlich eine Petition an die Regierung wegen Räumung Bosniens und eine zweite an den Reichstag, gegen die Regierung das Anklageverfahren einzuleiten, einstimmig angenommen worden, beschloß die Volks-Versammlung, daß angesichts der erbitterten Stimmung die Petition an die Regierung, um Ausschreitungen zu verhüten, erst morgen überreicht werden soll. Tisza hat von Neuem seinen politischen Takt bewiesen, als er seinen offiziösen Rathgebern, die ihn zu dem Verbote der Volksversammlung drängen wollten, kein Gehör schenkte. Dieses Drängen der Offiziösen zu Gewaltmaßregeln kompromittirt entschieden den Ministerpräsidenten und schadet ihm mehr beim Volke, als die Angriffe der oppositionellen Blätter.

Der „Ellenör" übrigens, der hier und da auch für das Leibjournal des Ministerpräsidenten gilt, ist es nicht mehr, seitdem Csernatony sich davon gänzlich zurückgezogen hat. Dasselbe steht heute unter dem Einflusse des Wiener Preßbureaus. Glücklicher Weise läßt sich Tisza durch den Druck, der von Wien aus ausgeübt wird, um ihn durch die Erpressung seiner Zustimmung zu Gewaltmaßregeln mit dem Volke zu verfeinden, nicht beirren. „Ich will", sagte Tisza seinen übereifrigen Rathgebern, „nur mit streng konstitutionellen Mitteln regieren, und niemals werde ich mich zu einem gesetzwidrigen Akte hinreißen lassen. Das Volk soll in Schrift und Wort die vollste Freiheit genießen, und die Opposition soll mir nicht vorwerfen können, daß sie nicht alle gesetzlichen Mittel anwenden dürfte, um die Regierung zu stürzen."

In gewissen Wiener Hofkreisen ist man über die streng konstitutionelle Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten ungehalten und würde es nicht ungern sehen, wenn ein den Hofkreisen gefügigerer Staatsmann an der Spitze des ungarischen Ministeriums stände. Welche Folgen die Okkupation Bosniens nach sich zieht, darüber belehrt uns eine

Schrift des Herrn Franz Pulszky, der bekanntlich ein Vertrauter Deak's war und ein einflußreiches Mitglied der Deakpartei. Derselbe Pulszky führt nun den Gedanken aus, daß die Okkupation Bosniens alle Jene, welche zu den staatsrechtlichen Anhängern Deak's gehörten, zu Verfechtern der Personalunion machen müsse. Pulszky meint, der Dualismus sei nicht stark genug, falls Bosnien annektirt würde, um das Gleichgewicht der Monarchie bei ihren Nationalitätsbestrebungen aufrecht zu erhalten. Eine andere staatsrechtliche Basis ist erforderlich und angesichts dieser Nothwendigkeit könne die frühere Deakpartei sich nur auf den Standpunkt der Personalunion stellen.

Paris, 29. September. Die konservativen Organe bemühen sich seit einigen Tagen, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, indem sie einestheils auf's neue den Glauben zu verbreiten suchen, daß der Marschall von Mac Mahon die Sache satt habe und nun doch entschlossen sei, gleich nach dem Schlusse der Ausstellung seine Entlassung zu geben, und indem sie anderntheils von einer unmittelbar bevorstehenden ministeriellen Krisis zu berichten wissen, welche in Folge einer unter den Chefs der republikanischen Partei eingetretenen Spaltung unausbleiblich sei. Man sollte eigentlich annehmen, daß die Regierung die Verbreitung solcher Gerüchte mit Indifferenz aufnehmen könne, aber es scheint, daß dem nicht so ist, und daß man in den offiziellen Kreisen sogar an die Existenz einer „konservativen Verschwörung" glaubt, von der als Losungswort ausgegeben sei, die öffentliche Meinung um jeden Preis zu beunruhigen, das Vertrauen in den Bestand der republikanischen Regierung zu erschüttern und vor allem den bevorstehenden kritischen Moment des Schlusses der Ausstellung zur Herbeiführung einer Geschäftskrisis zu benutzen. Als ein Beweis, daß die Regierung die Sache ernst nimmt, kann ein heute Abend in dem offiziösen Organ des Herrn v. Marcère, dem „National", veröffentlichter Artikel dienen, worin zuvörderst alle diese in Umlauf gesetzten Gerüchte auf das entschiedenste dementirt und sodann die Verbreiter derselben benachrichtigt werden, daß die Regierung entschlossen sei, gegen diese monarchischen Verschwörer energisch vorzugehen. „Wenn es ungenau ist, die bevorstehende Bildung eines neuen Kabinets zu melden, so ist es allerdings wahr, daß die gegenwärtigen Minister angesichts des erbitterten und gewissenlosen Krieges, den die monarchischen Parteien der Republik und Frankreich erklärt haben, daran denken müssen, eine energischere Haltung gegenüber den verschiedenen Fraktionen anzunehmen, welche weder die Milde, noch die Geduld, noch die Toleranz entwaffnen kann, von der man ihnen gegenüber seit langen Monaten den Beweis geliefert hat. Im Einverständniß mit der demnächstigen Senatsmajorität werden die gegenwärtigen Minister sich sicherlich von dem neuen Geiste inspiriren lassen, von diesem Geiste der weisen und progressiven Reformen, welcher eine des kommenden Tages sichere Demokratie befreien muß, und da man sie nun dazu zwingt, werden sie auch gegen die Feinde des Staates die Festigkeit zu entwickeln wissen, ohne welche eine Regierung unwürdig und unfähig ist, zu existiren. In diesem Sinne haben die Vertreter des öffentlichen Elends die Wahrheit errathen und sie haben Recht, zu sagen, daß bald in Frankreich sich etwas ändern wird. Aber wir wiederholen, dieses Etwas wird nicht das Ministerium sein."

Dieser Artikel ist von dem politischen Direktor des „National", dem ehemaligen Vorstand des Preßbureaus Herrn Hector Pessard unterzeichnet, der bekanntlich der intime Freund und Vertraute des Ministers des Innern Herrn von Marcère ist. Es muß sich nun zeigen, welche Maßregeln das Ministerium zu ergreifen gedenkt, um den Feinden der Republik gegenüber diese angekündigte Festigkeit zu bethätigen.

London, 1. Oktober. Ein Bataillon und 5 Batterien Artillerie haben Marschordre nach Indien erhalten.

Die „Times" giebt den ganzen Artikel, den das „Deutsche Montagsblatt" in der letzten Nummer über die Afghanistanfrage veröffentlicht hat, wieder als das Urtheil des populärsten deutschen liberalen Wochenblattes.

Die „Daily News" melden aus Simla: Alle Vorbereitungen werden mit äußerster Hast betrieben; einige Regimenter sind schon mobilisirt, allein das Kommissariat erfordert ziemlich lange Vorbereitung. Der Geist der eingeborenen Truppen ist vorzüglich. Die Armee ist enthusiasmirt. Editoriell behaupten die „News", einige einflußreiche Mitglieder folgten nur ungern der asiatischen Politik des Lord Beaconsfield, welche blos von diesem und Lord Lytton geschaffen wurde.

Washington, 1. Oktober. In Jowa und Nebraska haben die Demokraten und die Anhänger der Greenbacks-Partei für die stattfindenden Staatswahlen eine gemischte Kandidatenliste aufgestellt.

Provinzielles.

Stettin, 2. Oktober. Der dritte Tag der vierten Schwurgerichtsperiode wurde mit einer Anklage gegen den Arbeiter Friedr. Wilh. Schröder aus Petershagen, zuletzt in Neu-Tornei wohnhaft, und gegen den Maurer Carl Friedr. Aug. Wenzel aus Neu-Tornei wegen versuchten schweren Diebstahls eröffnet. In der Nacht vom 22. zum 23. Juli d. J. vernahm die Ehefrau des Eigenthümers Kollert zu Ramin in ihrem Stalle ein verdächtiges Geräusch; sie begab sich hinaus und fand im Stalle einen Mann stehen, während ein zweiter sich eiligst entfernte. Dieselben konnten, da die Thüre verschlossen und unverletzt war, nur durch eine Lucke über der Thür eingestiegen sein. Die beiden Männer wurden in den Personen der Angeklagten ermittelt und sind auch Beide geständig, daß sie in der Absicht eingestiegen, aus dem Stalle Gänse zu stehlen. Es bleibt die Mithülfe der Geschworenen ausgeschlossen und wird Schröder, welcher noch keine Vorstrafe erlitten, unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Monaten Gefängniß und Wenzel, ein bereits vielfach mit Gefängniß und Zuchthaus bestrafter Verbrecher, zu 2 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Demnächst betritt der Handlungsgehülfe Hermann Reinh. Wilh. Kleist aus Jarmen wegen Betruges die Anklagebank. Derselbe ist bereits wegen gleichen Verbrechens mit Gefängniß und Zuchthaus bestraft. Als er im Februar d. J. aus dem Zuchthause entlassen wurde, erhielt er bei seinem Onkel, dem Weinhändler M. hierselbst, eine Stelle als Buchhalter, wurde jedoch bald wieder entlassen, weil er sich verschiedene Unredlichkeiten zu Schulden kommen ließ. Ende April d. J. kam Kleist in das Geschäft des Kaufmanns H. Bischoff hierselbst, wo er als Buchhalter des M. bekannt war, und verlangte einige Cigarrenproben, welche er einem Kunden des M. vorlegen wollte. Er erhielt auch 21 Proben und kam am nächsten Tage zurück und bestellte 24 50-Kisten zu 180 M., welche sofort eingepackt und an den Weinhändler M. gesandt wurden. Vor dem Hause desselben nahm Kleist die Cigarren in Empfang, verkaufte sie dann aber in seinem Nutzen. Am nächsten Tage erhielt M. die Rechnung von Bischoff und der Betrug stellte sich heraus. Kleist war bereits aus Stettin flüchtig, wurde aber bald ermittelt. Auch er ist des Betruges geständig, so daß die Mithülfe der Geschworenen nicht erforderlich und wird zu 1 Jahr 10 Mon. Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahr und zu einer Geldstrafe von 500 M. ev. noch 2 Mon. Zuchthaus verurtheilt.

— Im Monat Oktober dürfen geschossen werden: Männliches Roth- und Dammwild, Rehböcke, Fasanen-Hähne und Hennen, Dachse, Enten, wie überhaupt alle Sumpfvögel, Trappen, Rebhühner, Wachteln, Hasen. — Vom 15. Oktober ab ferner weibliches Roth- und Dammwild, Wildkälber und weibliches Rehwild.

— Dem Oberst-Lieutenant und Kommandeur des pommerschen Husaren-Regiments Nr. 5, von Thiele, ist der Kronenorden 3. Klasse und dem Wachtmeister in demselben Regiment, Topel, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Das Recht der Wohnungsmiether, von dem Miethskontrakt wegen eintretender theilweiser Untauglichkeit der Wohnung zum Bewohnen ohne Weiteres abzugehen, ist vom Ober-Tribunal kürzlich durch die in einem Spezialfalle gefällte Entscheidung prinzipiell anerkannt worden.

Bergen, 30. September. Heute Vormittag ereignete sich hier der schreckliche Unfall, daß die Frau des Maschinisten B. — eine Mutter von acht theils noch unerwachsenen Kindern — in das Getriebe einer Dreschmaschine gerieth, wobei sie am Kopfe eine so arge Verletzung erhielt, daß bald darauf der Tod eintrat.

Vermischtes.

— Die Seitens der Behörde auf Veranlassung des Ministers des Innern stattfindenden Untersuchungen der Wohnungsräume, in denen Schlafburschen gehalten werden, stellen häufig Verhältnisse dar, von denen sich die kühnste Phantasie nichts träumen läßt. Die Behörde wird in Folge dieser Ermittelungen jedenfalls darauf Bedacht nehmen müssen, mit Strenge das bereits früher in Berlin für Schlafstellenvermiethung eingeführt gewesene Konzessionswesen wiederum zu handhaben. Man hat in kleinen Zimmern nebst daran stoßender kleiner Küche oft 8, 10 bis 14 Personen verschiedenen Geschlechts zusammengepfercht gefunden und Zustände der Entsittlichung dabei entdeckt, die aller Beschreibung spotten. Recherchirende Beamte wurden von dem Dunst, der ihnen aus diesen Höhlen des Elends und der Entsittlichung entgegenströmte, ohnmächtig und es bedurfte erst einer längeren Lüftung der „Wohnungen", ehe solche betreten werden konnten. Selbst in Bodenverschlägen, die nur durch Latten geschlossen sind, also Jedermann Einsicht gewähren, wurden ganze Familien nebst Schlafburschen, wie oben geschildert, angetroffen

— Aus Gnesen schreibt man: Wie gefühllos und roh noch unsere polnische Landbevölkerung ist, beweist am trefflichsten nachfolgende skandalöse Geschichte: Vor einigen Tagen starb in einem Dorfe bei Gnesen nach kurzem Krankenlager ein polnischer Bauer. Kurz vor seinem Ableben wurde noch schnell ein Geistlicher geholt. Auf die strengen Vorwürfe des Geistlichen, daß doch wenigstens ein Arzt geholt werden möge, da es möglich sei, daß dem Kranken noch zu helfen, versprach die Familie einen Arzt zu holen. Statt aber sofort zu fahren, warteten die Leutchen noch bis zum anderen Tage, fuhren erst zum Tischler, um einen Sarg zu kaufen und von diesem befragt — wann der Bauer denn eigentlich gestorben sei — gab ihm die Frau des Bauern folgende drastische Antwort: „Mein Mann ist noch nicht gestorben, da ich mir jedoch nicht noch einmal den Weg nach der Stadt machen will und ich heute nach einem Arzt hergekommen bin, so nehme ich gleich den Sarg mit, sterben wird er wohl!" Daß der Kranke auch todt war, als der Arzt zu ihm kam, ist selbstverständlich. Die Leiche wurde nun in den gekauften Sarg gelegt und in eine Kammer gebracht, wo auf den Sarg einige brennende Lichter gestellt wurden. Die Kammerthür ward geschlossen und der Deckel des Sarges vor die Thür gestellt. Nun setzte sich die Familie mit einigen Freunden in's Wohnzimmer nieder, um im Branntwein den Kummer zu ertränken, der ihr Herz bedrückte. Sie mögen wohl so bis zum Morgen sorgenlos gezecht haben, als einer von der Familie aus der Kammer Rauch dringen sah. Er öffnete die Kammerthür und es bot sich ihm der schaurige Anblick eines brennenden Sarges und einer brennenden Leiche! Durch einige Eimer Wasser war das Feuer gelöscht — aber die Seitenwände des Sarges waren vollständig und die Leiche theilweise verbrannt! Den anderen Tag war die Frau des Verstorbenen wieder bei demselben Tischler. Sie brachte den Sargdeckel mit, um sich einen Sarg zum Deckel auszusuchen und erzählte mit dem größten Gleichmuth, was ihr passirt sei! Eines Kommentars bedarf dieser Beitrag zur Geschichte der Rohheit der polnischen Bevölkerung nicht.

— (Ein Mordsweib.) Wie amerikanische Blätter berichten, macht jetzt in Mexiko ein junges Weib, Namens Concha-Salota, als Stierkämpferin ungeheures Aufsehen. Die Mexikanerin ist 22 Jahre alt und von schöner Erscheinung. Von den Torreros geleitet, tritt sie, nur mit einem sehr scharfen Dolchmesser bewaffnet, in die Arena. Die Torreros reizen den Stier zur Wuth und entfliehen dann. Sobald das Thier nun auf die in der Mitte der Arena stehende Concha losstürmt, springt diese auf den gesenkten Stierkopf, wirft sich rittlings auf den Rücken des Thieres und schneidet demselben dann den Hals ab. Zuweilen wirft der Stier seine Mörderin weit von sich in den Sand, aber diese springt wiederholt auf den Rücken des Opfers und bringt dasselbe endlich zu Falle. Die Mexikaner vergöttern diese Torrera, die ein Ausbund von Kühnheit und Kraft sein mag, die aber sicher alle die Eigenschaften verleugnet, welche das Weib zum Weibe machen. — Wie viel Kourage mag dazu gehören, diese Stierkämpferin mit dem blutigen Messer zu heirathen!

— Dieser Tage wurde die Ehefrau des Schuhmachermeisters Kai in Lägerdorf bei Itzehoe von Fünflingen, drei Knaben und zwei Mädchen, glücklich entbunden. Herr Kai sah sich veranlaßt, der deutschen Kaiserin von diesem interessanten Fall eines reichen Kindersegens zunächst auf telegraphischem Wege und dann brieflich Mittheilung zu machen. Die jungen Weltbürger schienen Anfangs insgesammt gesund und kräftig zu sein, so daß man hoffen durfte, sie am Leben zu erhalten; inzwischen ist jedoch einer derselben bereits gestorben. — Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß nach umfassenden Berechnungen unter 10 Mill. Geburten durchschnittlich ungefähr 4000 Drillingsgeburten, 118 Vierlingsgeburten und 3 Fünflingsgeburten vorkommen.

— Aus Gotha wird geschrieben: „Sie haben ja bereits die traurige Thatsache gemeldet, daß Dr. Petermann leider nicht an einem Schlagfluß gestorben, sondern daß er Hand an sich selbst gelegt, daß er den Tod durch Erhängen gesucht hat. Hier einiges Nähere über die traurige That: Dr. Petermann war in dritter Ehe verheirathet und erst vor Kurzem hatte er diese dritte Ehe geschlossen. Von seiner zweiten Frau hatte er sich scheiden lassen. Aus der Ehe mit dieser sind zwei erwachsene Töchter vorhanden, die nun wahrscheinlich mit der dritten Ehe sehr wenig einverstanden waren, so daß Petermann, wie es scheint, in dieser dritten Verbindung nicht das Glück gefunden hat, das er gesucht. Dazu ist die erwähnte psychische Vererbung gekommen, um den Entschluß zum Selbstmord in ihm zur Reife zu bringen. — Die Beerdigung des großen Geographen ist am Donnerstag mit außerordentlicher Stille — die durch die obwaltenden Umstände genügend erklärt wird — vor sich gegangen. Der Schmerz um den Todten scheint übrigens die Töchter und ihre Stiefmutter, die dritte Gattin Petermanns, vereinigt oder doch einander nahe gebracht zu haben.

— (Eine merkwürdige Uhr.) In der Pariser Ausstellung zeigt man eine Uhr, welche stündlich einen Pistolenschuß abfeuert. Der Aussteller, über den Zweck dieser Schüsse befragt, antwortete ganz phlegmatisch: Es geschieht dies, um die Zeit zu tödten.

Literarisches.

Mehring, die deutsche Sozialdemokratie. 2. Aufl. F. Mehring's Schrift hat zunächst das sehr anerkennenswerthe Verdienst, die Charaktere und Gedanken der Führer zu zeichnen, von welchen die sozialistische Bewegung begonnen und getragen ist. Der Verfasser bietet in dem geschichtlichen Theile seiner Arbeit ein lebensvolles und wahres Bild von den Anfängen der Bewegung bis zur Gegenwart und es ist das um so verdienstlicher, als es an einem solchen bisher fehlte. Auch der zweite theoretische Theil enthält werthvolle Ausführungen. Wir empfehlen die Schrift zum eingehenden Studium, das Buch ist nicht nur eine Frucht ernster Arbeit, sondern zeigt ein wirkliches Eindringen in die Probleme der sozialen Frage und wird von allen mit Vortheil gelesen werden, welche sich über dieselbe klar werden wollen.

Handelsbericht.

Berlin, 30. September. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Es bedürfte nur einer Reproduktion unseres letzten Berichts, um die Tendenz des vorwöchentlichen Buttermarktes zu charakterisiren. Feinste und feine frische Waare blieben anhaltend stark gefragt und bedangen wiederum etwas höhere Preise. Im Export von Holsteiner und Mecklenburger Marken ist auch eine Besserung zu konstatiren. Solche wurden zu höheren Notirungen schlank aus dem Markt genommen, doch blieben Zufuhren noch immer knapp, weil Eigner, bessere Preise abwartend, die Waare zurückhalten. Selbst in die bisher so stark vernachlässigten geringen Sorten ist mehr Leben gekommen und finden solche in frischer Waare willig Nehmer.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 110—125 M., Mittelwaare 105—112 M., feinste Guts- und Pächterbutter 110 M., ostfriesische 102—112 M., Litthauer 86—96 M., Elbinger 85 M., schlesische 80 M., schlesische feine und feinste 85—90 M., mährische 60 M., galizische frische 68 Mark per 50 Kilo franko hier.

Das Eiergeschäft an letzter Börse nahm einen ruhigen Verlauf. Die nicht zu großen Bestände konnten placirt werden und Preis hat sich bei fester Stimmung auf Mk. 2,80 per Schock erhalten. Heute stieg der Preis bei kleinen Zufuhren und mäßigem Geschäft auf M. 2,90 per Schock.

Detailpreis Mark 3 bis Mark 3,05 per Schock.

Durchgang nach hier 213 Fässer, 564 Kisten, nach Hamburg — Fässer, 3231 Kisten.

Telegraphische Depeschen.

Leipzig, 1. Oktober. Heute Morgen 10 Uhr ist die Kunstausstellung in der Buchhändlerbörse zum Besten des Baufonds für das Künstlerhaus in Leipzig offiziell eröffnet worden. Eine überraschend reiche Auswahl von Oelgemälden, Stichen und Skulpturen hervorragender Meister ist vorhanden.

Köln, 1. Oktober. Zwischen den Kommissarien des Finanz- und Handelsministeriums und der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn haben gestern die Konferenzen betreffs Abtretung der Strecken Oberhausen-Arnheim und Deutz-Siegen-Gießen begonnen.

Wien, 1. Oktober. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des Grafen Hoyos-Prinzenstern zum außerordentlichen Gesandten am rumänischen Hofe.

Wien, 1. Oktober. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel vom heutigen Tage: Der russische Botschafter, Fürst Lobanow, ist aus Livadia zurückgekehrt und hat die Verhandlungen mit Savfet Pascha sofort wieder aufgenommen.

Seit Sonntag finden auf der Pforte ernste Berathungen statt wegen der von Montenegro urgirten Abtretung von Spuz und Podgorizza, sowie wegen der bosnischen Konventionsfrage. Die Chancen für das Zustandekommen der letzteren wären seit gestern wieder etwas zweifelhafter.

Zwischen der Majorität der Kommission für Ostrumelien und den russischen Mitgliedern derselben ist eine Differenz eingetreten. Letztere verlangten, die Kommission solle in Konstantinopel arbeiten, während die Majorität sich entschied, die Arbeiten an Ort und Stelle vorzunehmen und sich anschickt, nach Philippopel abzugehen.

Der Rückmarsch der Russen dauert fort; dieselben haben Silivri und Rodosto geräumt; letzteres ist bereits von den Türken besetzt. Dagegen werden die Russen noch in Dedeagatsch bleiben.

Wien, 1. Oktober. Der ungarische Finanzminister Szell wurde heute vom Kaiser in längerer Audienz empfangen. Der Kaiser behielt sich die Entscheidung über das Demissionsgesuch des Ministeriums vor. Die Minister verbleiben jedenfalls morgen noch in Wien. Man erwartet hier eine günstige Lösung der Krisis, da die Forderungen Szell's welche auf die möglichste Einschränkung der Kosten der Okkupation hinauslaufen, mit den Intensionen der gemeinsamen Regierung übereinstimmen und somit denselben entsprochen werden dürfte.

Fürst Auersperg trifft morgen hier ein. — Das Demissionsgesuch des ungarischen Ministeriums dürfte auch nicht ohne Rückwirkung auf das Wiener Kabinet bleiben, da der österreichische Finanzminister Pretis sich entschieden gegen die Kontrahirung einer gemeinsamen Anleihe für den erneuerten Geldbedarf ausspricht.

Ein Telegramm des „Neuen Wiener Tageblatts" sagt, daß in Albanien die Aufregung gegen die Oesterreicher wachse. Die Pforte soll angeblich der österreichischen Regierung mitgetheilt haben, sie habe keinen Einfluß auf die Volksmassen in Albanien mehr und habe gleichzeitig ersucht, die Okkupationsbewegung nicht auf Novi-Bazar auszudehnen, da sonst die Gefahr großer Kämpfe bevorstehe.

Lemberg, 1. Oktober. Der Erzherzog Karl Ludwig wird morgen hier erwartet, derselbe wird sich an verschiedenen Orten Ost Galiziens im Ganzen sechs Tage aufhalten, darunter in Lemberg drei Tage.

Pest, 1. Oktober. Der „Ellenör" schreibt unter Bezugnahme auf die Gründe für das Demissionsgesuch des Ministeriums, auch die österreichische, sowie die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung hegten den Wunsch, die finanziellen Forderungen für die Okkupation möglichst einzuschränken. Hierüber schwebten jetzt Verhandlungen; übrigens sei zu berücksichtigen, daß die überraschend schnelle Bewältigung des bosnischen Aufstandes die Bedürfnisse herabmindern würde.

Konstantinopel, 1. Oktober. Der Sultan hat durch Osman Pascha dem englischen Botschafter Layard sein Bedauern darüber aussprechen lassen, daß er nicht im Stande gewesen, die englische Flotte vor ihrer Abfahrt besuchen zu können. Gleichzeitig ließ er den Botschafter ersuchen, dem Admiral, den Offizieren und der Mannschaft seinen Dank für ihre Haltung und die gegen ihn und das Land gezeigten Gesinnungen auszusprechen.

Der französische Botschafter, Fournier, wurde heute vom Sultan in längerer Audienz empfangen. Gestern hatte auch der englische Botschafter Layard eine Audienz beim Sultan, bei welcher die Reformfrage zur Sprache gebracht sein soll

Es ist der Beschluß gefaßt worden, monatlich für 50,000 Livres Kaimes unter Kontrolle einer Kommission von Bankiers zurückzukaufen; der Stand der Kaimes hat sich in Folge dessen nicht unwesentlich gebessert.

Nach hier eingegangenen Meldungen aus Smyrna hat ein Grieche gegen den dortigen griechischen Metropoliten aus Rache ein Attentat verübt und denselben verwundet.